

Presse- mitteilung

Hausanschrift Postanschrift Robert-Schuman-Platz 3, 53175 Bonn
Postfach 201264, 53142 Bonn
Telefon 0228 107-2831
Fax 0228 107-2982
E-MAIL pr@bibb.de
Homepage www.bibb.de

15. April 2015
16/2015

BIBB-Hauptausschuss veröffentlicht Stellungnahme zum Berufsbildungsbericht 2015

Der **Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB)** hat auf seiner Sitzung am 13. März in Bonn den vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) vorgelegten Entwurf des Berufsbildungsberichts 2015 beraten und einstimmig eine gemeinsame Stellungnahme zum Entwurf dieses Berichts verabschiedet.

Der Berufsbildungsbericht 2015 wurde heute im Anschluss an die Beratung im Bundeskabinett veröffentlicht (www.bmbf.de/de/berufsbildungsbericht.php). Auf seiner Sitzung im März hatte der auch als „Parlament der Berufsbildung“ bezeichnete BIBB-Hauptausschuss beschlossen, seine Stellungnahme parallel zum Erscheinen des Berufsbildungsberichts zu veröffentlichen.

Der BIBB-Hauptausschuss hat die gesetzliche Aufgabe, die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Berufsbildung zu beraten. Dazu gehört laut Berufsbildungsgesetz (BBiG) auch die Stellungnahme zum Entwurf des jährlichen Berufsbildungsberichts. Der BIBB-Hauptausschuss ist zu gleichen Teilen mit Vertretern von Bund, Ländern sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen besetzt.

Die einstimmig verabschiedete gemeinsame Stellungnahme des BIBB-Hauptausschusses zum Berufsbildungsbericht 2015 im Wortlaut:

Bei Abdruck Belegexemplar erbeten.

Stellungnahme des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2015 der Bundesregierung

Gemeinsam die duale Ausbildung stärken

Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) dankt der Bundesregierung für die Erstellung des Berufsbildungsberichts 2015. Der Bericht gibt einen guten Überblick über die bildungspolitischen Ansätze der Bundesregierung.

Das duale System der beruflichen Bildung in Deutschland bietet den Jugendlichen eine breit angelegte hochwertige berufliche Qualifikation und sichert den Unternehmen einen hervorragenden Fachkräftenachwuchs. Es kann durch die unmittelbare Nähe zur betrieblichen Praxis den Jugendlichen gute Voraussetzungen für den Übergang ins Arbeitsleben und über die berufliche Aufstiegsfortbildung vielfältige Karriere- und persönliche Entwicklungschancen bieten. Gut ausgebildete Fachkräfte bleiben das Rückgrat der Innovationskraft unserer Betriebe. Die duale Berufsausbildung in Deutschland ist ein Garant für die im Vergleich zu anderen Staaten Europas niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Eine fundierte, umfassende Berufsausbildung mit modernen Ausbildungsberufen ist für die Jugendlichen und die Betriebe eine gute Basis, um den Wandel der Arbeitswelt zu meistern. Viele Länder sind daran interessiert, Elemente des Modells in ihre Bildungssysteme zu integrieren.

Das System der dualen Berufsausbildung in Deutschland ist kein rein staatliches System, sondern lebt vom Engagement der Wirtschaft, der Gewerkschaften, des Bundes und der Länder. Die gemeinsame Verantwortung für die Berufsausbildung ist im Berufsbildungsgesetz und im Betriebsverfassungsgesetz verankert. Durch eine gelebte Partnerschaft in der Berufsbildung kann es einen fairen Interessenausgleich zwischen den Wünschen der einzelnen Betriebe, den Bedarfen ganzer Branchen und den Interessen der Jugendlichen geben.

Die Ausbildungsbetriebe investieren nach jüngsten Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung pro Jahr rd. 25,6 Mrd. Euro in Ausbildung. Damit sichern sie ihren eigenen Fachkräftebedarf. Die Kosten beinhalten unter anderem Ausbildungsvergütungen, Kosten der Ausbilder/-innen und Sachmittel. Durch erbrachte Leistungen der Auszubildenden fließen den Betrieben zwar Erträge in Höhe von rd. 17,9 Mrd. Euro zu, jedoch entstehen ihnen bereinigt Kosten von rd. 7,7 Mrd. Euro.

Als Partner der beruflichen Bildung sind die Länder und Kommunen finanziell insbesondere im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die schulische Seite der beruflichen Bildung eingebunden. Seitens der Länder wurden 2011 rd. 8,7 Mrd. Euro für die Berufsschulen und die Berufsfachschulen aufgebracht. Die Länder betrieben 2011 8.833 berufliche Schulen. Für das Jahr 2013 wurden an den beruflichen Schulen der Länder 117.278 Vollzeitlehrereinheiten gezahlt. Daneben stärken die Länder und Kommunen die berufliche Bildung durch eine Vielzahl von Fördermaßnahmen. Die Abstimmung mit der Bundesstrategie hat sich hierbei in den vergangenen Jahren insgesamt verbessert.

Trotz der Stärken der beruflichen Bildung steht diese vor folgenden Herausforderungen:

- Immer mehr Betriebe können ihre Ausbildungsplätze nicht besetzen. Die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten offenen Stellen lag 2014 bei 37.100. Die Zahl der unvermittelten Bewerber/-innen belief sich auf 20.800. Zudem haben weitere 60.316 Jugendliche ihren Vermittlungswunsch bei der Bundesagentur für Arbeit aufrechterhalten. Auch diese Jugendlichen wollen wir besser in betriebliche Ausbildung vermitteln und dadurch die Einmündungsquote der ausbildungsinteressierten Jugendlichen von derzeit 64,4 Prozent erhöhen.
- Der auch demografisch bedingte Rückgang der Anfängerzahlen im Übergangsbereich ist seit 2011 abgeflacht. Im Jahr 2014 stagniert die Zahl bei insgesamt 256.100 Jugendlichen. Diese jungen Menschen haben es oftmals schwer, einen Berufsabschluss zu erreichen.
- Jahr für Jahr verlassen nahezu 50.000 junge Menschen die Schule ohne Abschluss. Mehr als 1,3 Mio. Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Das sind 13,8 Prozent der Jugendlichen dieses Jahrgangs.
- Die Zahl der Bewerber/-innen ist in den vergangenen zehn Jahren um rund 100.000 Menschen gesunken. Insbesondere die Anzahl der Schulabsolventen von Haupt- und Realschulen, die die meisten Auszubildenden im dualen System stellen, ist deutlich zurückgegangen. Gleichzeitig ist die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge auf 522.232 neue Verträge gesunken. Hier wollen wir verstärkt für die Attraktivität der betrieblichen Ausbildung werben und ein Mehr an betrieblicher Ausbildung erreichen.
- Zusätzlich ist der Trend zum Hochschulstudium ungebrochen und wird zu einer wachsenden Herausforderung für die berufliche Bildung. Nach der Prognose des BIBB und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) werden mittelfristig in Deutschland, insbesondere auf Ebene der Fachkräfte mit einem Berufsabschluss, Engpässe entstehen.
- Es gibt regions- und branchenspezifische Unterschiede auf dem Ausbildungsmarkt. Eine wichtige Herausforderung ist es deshalb, diese Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt abzubauen.

In der Allianz für Aus- und Weiterbildung bekennen sich Bund, Länder, Wirtschaft und Gewerkschaften zu einem qualitativ hochwertigen dualen System der Berufsbildung, das leistungsstarke Jugendliche, junge Menschen mit schlechten Startchancen, Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie Menschen mit Behinderungen gleichermaßen in betriebliche Ausbildung integrieren will. Gemeinsam wollen wir die berufliche Ausbildung stärken und den Herausforderungen durch den demografischen Wandel begegnen. Grundsätzlich gilt es einen Paradigmenwechsel in Deutschland zu erreichen, der wegführt von zahllosen Maßnahmen in Parallelsystemen hin zu betrieblicher Ausbildung, die bei Bedarf professionell unterstützt und begleitet wird. Für uns hat betriebliche Ausbildung absoluten Vorrang. Ziel ist es, jedem ausbildungsinteressierten Menschen im Sinne der vereinbarten Allianz für Aus- und Weiterbildung einen „Pfad“ aufzuzeigen, der ihn frühestmöglich zu einem Berufsabschluss führen kann.

Zentrale Punkte der Allianz-Vereinbarung sind:

- Engagement für mehr betriebliche Ausbildung: Die Wirtschaft will im Jahr 2015 insgesamt 20.000 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze gegenüber den im Jahr 2014

bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellen. Jedem vermittlungsbereiten Jugendlichen, der zum 30. September eines Jahres noch keinen Ausbildungsplatz hat, macht die Wirtschaft drei Angebote für eine betriebliche Ausbildung. Zudem wird die Wirtschaft jährlich bundesweit 500.000 Praktikumsplätze für Schüler/-innen im Rahmen der Berufsorientierung anbieten. Hierfür werden Wirtschaft, Gewerkschaften und Länder gemeinsame Qualitätsstandards im Sinne der vereinbarten Allianz für Aus- und Weiterbildung entwickeln.

- Die Allianz-Partner haben vereinbart, dass das Instrument der Assistenten Ausbildung (AsA) gesetzlich geregelt und damit rechtskreisübergreifend umgesetzt werden wird. Im Ausbildungsjahr 2015/2016 werden bis zu 10.000 Plätze dafür bereitgestellt. Das Instrument soll in den Folgejahren verstetigt beziehungsweise ausgebaut werden. Die Assistierte Ausbildung unterstützt sowohl insbesondere leistungsschwächere und sozial benachteiligte Jugendliche bis zum erfolgreichen Ausbildungsabschluss, als auch Betriebe, die diese jungen Menschen ausbilden. Damit leistet sie einen wertvollen Beitrag, um die qualifikatorischen Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt zu bekämpfen. Ebenfalls haben sich die Allianz-Partner darauf verständigt, dass der Personenkreis für ausbildungsbegleitende Hilfen (abH) ausgedehnt wird. Künftig können alle Jugendlichen abH erhalten, die diese zur Aufnahme und zum erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung benötigen. Auch damit wird die Ausbildung leistungsschwächerer Jugendlicher deutlich erleichtert.
- Gemeinsame Weiterentwicklung der Qualität der betrieblichen Ausbildung: Deshalb wollen die Kammern und die Gewerkschaften gemeinsam ein niedrigrschwelliges Beschwerdemanagement entwickeln und zunächst pilothaft in ausgewählten Regionen erproben, um Jugendliche bei Problemen mit der Ausbildungsqualität besser zu unterstützen.
- Die Allianz-Partner wollen die berufliche Weiterbildung stärken. Deshalb fördern Wirtschaft und Gewerkschaften ab dem Jahr 2015 mit Unterstützung des Bundes im Rahmen der ESF-Sozialpartnerrichtlinie „Fachkräfte sichern: weiter bilden und Gleichstellung fördern“ die Umsetzung von Maßnahmen der Weiterbildung in der Praxis. Sie werden die Erkenntnisse aus der Umsetzung dieses Programms nutzen und prüfen, wie Beispiele guter Praxis in die Fläche gebracht werden können.
- Zudem wollen wir für mehr Menschen eine berufliche Aufstiegsfortbildung ermöglichen und sicherstellen, dass die Gleichwertigkeit von beruflicher und hochschulischer Bildung im Deutschen Qualifikationsrahmen transparent gemacht wird. Hier ist eine Zuordnung von qualitativ hochwertigen Fortbildungsabschlüssen auch auf das Niveau 7 erforderlich.

Der Hauptausschuss plädiert dafür, angesichts der regionalen Unterschiede bezüglich der Ausbildungsmarktlage und der bereits entwickelten Lösungsstrategien bei der Umsetzung der Maßnahmen der Allianz darauf zu achten, dass neue Ansätze regional angepasst werden können. Für ein sinnvolles Zusammenwirken unterschiedlicher Maßnahmen ist eine frühzeitige Einbindung aller Partner bei der Konzepterstellung wichtig. Nur so ist ein effizienter Mitteleinsatz zu gewährleisten und gleichzeitig sicherzustellen, dass gegebenenfalls bundesweite Maßnahmen passgenau durch weitere Maßnahmen ergänzt werden können.

Mit Blick auf die Gewinnung neuer Potenziale für den Ausbildungsmarkt sei hier die Zielgruppe der Migranten und Flüchtlinge erwähnt. Eine Antwort der beruflichen Bildung, wie die Potenziale der Asylbewerber/-innen, der Geduldeten, der Kontingentflüchtlinge und der wei-

teren Gruppen von neuen Migranten für die Wirtschaft und die Situation der Migranten gewinnbringend genutzt werden können, steht aus.

Der Abschluss der Ausbildung ist lediglich der erste Schritt. Für die Deckung des zukünftigen Fachkräftebedarfs ist es daher weiterhin notwendig, Fortbildungswege bedarfsorientiert weiterzuentwickeln, um Fach- und Führungskarrieren und vor allem die Zahl der Teilnehmer/-innen in der beruflichen Fortbildung zu erhöhen. Dies sind wesentliche Beiträge zur dringend erforderlichen Steigerung der Attraktivität der dualen Ausbildungsgänge.

Die Wirtschaft und die Gewerkschaften flankieren und unterstützen weiterhin die Initiativen der Europäischen Kommission und der Bundesregierung zum Auf- beziehungsweise Ausbau betrieblicher Ausbildungsstrukturen in vielen Ländern der Europäischen Union – auch mit eigenen Programmen. Mittlerweile sind zahlreiche Unternehmen, Verbände, Kammern und Gewerkschaften in Projekten zum Transfer dualer Ausbildungsprinzipien engagiert. Damit wird ein aktiver Beitrag zu einer stärkeren Arbeitsmarktorientierung von Berufsbildungssystemen geleistet, mit positiven Auswirkungen auf die Beschäftigungsfähigkeit und die Chancen junger Menschen in Europa.